ROTE KOMMENTARE

27.2.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14
Druck: J. Noth

PALÄSTINA - DEMONSTRATION
DIENSTAG, 3. MÄRZ 1970, 17.00 h
RATHAUSPLATZ

INHALT :
Internationale Arbeitskämpfe: Streiks in Belgien S. 2
Bericht von den Protesten gegen den NPD-Parteitag in Wertheim am 14. 2. 70 S.5
Die Rolle der NPD - Ist die NPD aufdem absteigenden Ast ? S.6

Der SDS hatte für Montag, 23.2.70 zu einer Demonstration gegen die Zusammenarbeit der westdeutschen Kapitalistenklasse mit der israelischen Unterdrückungspolitik gegenüber den arabischen Völkern und für die Unterstützung der demokratischen palästinensichen Widerstandsbewegung aufgerufen. Wir haben diese Demonstration wegen des Hochwassers mit folgender Erklärung verschoben:
Angesichts der augenblicklichen Lage in Heidelberg und Umgebung ist eine Diskussion und Aufklärung über das Palästina-Problem nicht möglich. Eine Demonstration könnte im Gegenteil den Eindruck erwecken, als wären die deutschen und ausländischen Sozialisten, die sich mit der internationalen Befreiungsbewegung solidarisieren, an der Lage der Heidelberger Bevölkerung nicht unmittelbar interessiert. Das Gegenteil haben die Sozialisten während der Rote-Punkt-Aktion bewiesen. Sie werden sich auch jetzt an den notwendigen Arbeiten beteiligen.

Die Demonstration wird jetzt am Dienstag, den 3. März durchgeführt.

Worum geht es bei dieser Demonstration?

Geht es dabei gegen die Juden, wie für manchen alten Nazi, der hofft, die Araber wollten das vollenden, was die Nazis nicht geschafft haben? Die Kampagne, die Presse und Regierungsstellen aus Anlaß des Besuches des israelischen Außenministers und der jüngsten Flugzeugattentate gestartet haben, will jedenfalls glauben machen, daß die Araber die Judenvernichtung der Nazis direkt fortsetzen, und daß die westdeutschen Sozialisten sich mit diesen "neuen" Nazis direkt verbündet haben.

Bequemerweise stellen Presse, Rundfunk und die beteiligten Regierungen den Palästina-Konflikt meistens als einen Konflikt zwischenden Juden und den Arabern, und nach der Gründung des Staates Israel 1948, als einen Konflikt zischen dem S t a a t I s r a e l und den a r a b i s c h e n

Fortsetzung S. 6

BRIEF AN DEN DGB

Redaktion Rote Kommentare
und SDS Heidelberg
69 Heidelberg
c/o AStA
Grabengasse 14

An den
DGB Heidelberg
69 Heidelberg
Rohrbacherstraße

Heidelberg, den 21.2.70

Sehr geehrter Herr Neumann!

Im Mannheimer Morgen vom 16. 2. 70 und dem Schwesterblatt Heidelberger Tageblatt vom selben Tag erschien ein die Gewerkschaften diffamierender Artikel zu der Protestkundgebung gegen die NPD in Wertheim. Hierin kommen folgende Formulierungen vor: 1. Die anti-faschistischen Demonstranten werden als "Protestierer" bezeichnet, d.h., es wird suggeriert, diese Arbeiter und Angestellten würden berufsmäßig demonstrieren - so wie der betreffende Journalist berufsmäßig korrupte Artikel schreibt. 2. "Mit Rippchen im Magen und Liedern auf den Lippen ging's dann ... zur Protestkundgebung des Gewerkschaftsbundes". Hier wird unterstellt, der DGB würde seine Mitglieder wie Mastochsen behandeln, die grunzen, wenn sie satt sind. 3. "Der DGB hatte sich die dreieinhalbstündige Fahrt etwas kosten lassen: rund 11 Tausend Mark zahlte er für den Sonderzug inclusive Restaurationswagen von Mannheim nach Wertheim." In Wahrheit stammen die Gelder des DGB aus Mitgliederbeiträgen, die von denselben Leuten mit bezahlt wurden, die den Sonderzug benutzten.

Die Redaktion der Roten Kommentare fragt den DGB: Wie ist das Schweigen des DGB zu diesem Artikel zu erklären? Wieso schützt der DGB nicht die Kollegen vor solchen Diffamierungen durch eine Demonstration gegen diese Zeitung und ein Aufklärungsflugblatt vor den Betrieben? Ist das Schweigen des DGB zu diesem Artikel daraus zu erklären, daß er insgeheim selber die "einfachen" Mitglieder verachtet?

Wir haben in diesem Zusammenhang noch eine weitere Frage: Wieso konnte es passieren, daß uns auf eine diesbezügliche Anfrage bei der IG-Metall mitgeteilt wurde, die Busse seien voll belegt und trotzdem ein Bus fast leer nach Wertheim fuhr? Liegt hierin ein bürokratisches Versagen des sonst für seine reibungslose Organisation weltbekannten Deutschen Gewerkschaftsbundes vor oder hat der DGB Angst vor einigen sozialistischen Studenten, die mitfahren wollten? Daß der DGB diese Studenten als bürgerliche Klassenfeinde behandelt hat, die die Arbeiter und Angestellten ideologisch im bourgeoisen Sinne beeinflussen könnten, ist wohl auszuschließen, da dies in Widerspruch zu der ansonsten vom DGB propagierten Klassenzusammenarbeit stehen würde. Es bleibt nur die schlichte Vermutung, daß der DGB mit Hilfe dieses Tricks verhindern wollte, daß Arbeiter und sozialistische Studenten gemeinsam nach Wertheim fahren.

Es interessiert uns außerordentlich, auf diese Fragen eine befriedigende Antwort zu erhalten.

Hochachtungsvoll

Redaktion der Roten Kommentare
Zentralausschuß des SDS Heidelberg

INTERNATIONALE ARBEITSKÄMPFE

Die Streiks in Belgien

DIE GESELLSCHAFTLICHEN HINTERGRÜNDE DES STREIKS

Vom 5.1. - 16.2. 70 streikten 23 000 Bergarbeiter in Belgisch-Limburg, der Nordost-Ecke Belgiens. Die Löhne in diesem Gebiet sind erheblich niedriger als im übrigen Belgien. Ein belgisches Gesetz "sichert" den Untertage-Arbeitern einen um 25% höheren Lohn zu, als den, den ein Arbeiter in Belgien für eine entsprechende Arbeit über Tage durchschnittlich erhält. Tatsächlich liegen die Löhne aber nicht mehr um 25% höher, sondern um 15 - 20% niedriger. Ein nichtveröffentlichtes staatliches Gutachten sah denn auch eine Lohnanhebung um 15% als absolutes Minimum zur Angleichung des Lohnniveaus der limburgischen Bergleute an das der übrigen belgischen Arbeiter vor. Dieses Gutachten jedoch wurde von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften unterschlagen.

Die Bergarbeiter dieser Gegend mußten nicht nur niedrige Löhne in Kauf nehmen, auch ihre Arbeitsplätze wurden ständig abgebaut. Im Jahre 1958 betrug die Zahl der Bergarbeiter ungefähr 41 800 und fiel bis zum Jahre 1967 auf 25 5oo. Die Gesamtzahl der im Bergbau Beschäftigten sank von insgesamt 140 000 im Jahr 1958 auf 55 000 im Jahr 1967. Die Zahl der insgesamt im Bergbau Beschäftigten wurde auf fast ein Drittel der Beschäftigungszahl des Jahres 1958 reduziert. Gleichzeitig wurde dabei die Produktivität von 1956 bis 1969 um 55 % gesteigert. Für die übrig gebliebenen Arbeiter bedeutet dies verstärkte Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit. Das Arbeitstempo wurde gesteigert, indem zum Beispiel die Geschwindigkeit der Förderlokomotiven von 30 km/st. auf 50 km/st. erhöht wurde.

Die Kohleförderung gehört zu 76% einer Finanzgruppe, der SOCIETE GENERALE (SG), dieselbe Gruppe hat 92% der Stahlproduktion in Besitz. Diese Kapitalisten sind an niedrigen Löhnen im Bergbau besonders interessiert, da die Kohle in der eigenen Stahlindustrie verbraucht wird und dadurch die Stahlprofite hochbleiben: Nettogewinn der Stahlindustrie 26%. Da die belgische Kohle trotz der geringen Löhne unrentabel gegenüber der US-Kohle ist, subventioniert der Staat die Kohle mit 2oo,- belgischen Francs (14,60DM) pro Tonne. Die Arbeiter zahlen zweimal drauf: mit niedrigen Löhnen und von ihren Steuern bekommen die Unternehmer die Subventionen. Ein Geschäft, das die Kapitalisten weiterbetreiben wollen.

Diese miese Situation verschlechtert für die Minenarbeiter im Limburger Revier dadurch, daß dieses Gebiet alle Merkmale eines Strukturdefizits aufweist: verkehrsmäßige Erschließung, sei es durch Eisenbahnen oder Abzweigungen von den tangierenden Autobahnen, hat nicht stattgefunden. Der Anreiz für neue Industrien ist nicht groß, da das Straßennetz nur ein System von Zufahrtswegen zu den Zechen ist. Für die Bewohner bleibt nur Abwanderung oder Arbeit gegen eine Entlohnung, die um 15 - 20% unter der durchschnittlichen des übrigen Belgien liegt. Ein Hauer in Lüttich verdient um 200,-Fr. mehr als sein Kollege in Zolder, nach wie vor ist der Durchschnittslohn für Untertagearbeiten in Eisden 612,- Fr., während er in Lüttich bei 650,- Fr. liegt. Die Differenz zu Löhnen in Antwerpen, Gent usw. ist noch beträchtlicher.

DIE KONZERTIERTE AKTION DER GEWERKSCHAFTEN MIT DEN UNTERNEHMERN GEGEN DIE INTERESSEN DER ARBEITER

Die allgemeine Unzufriedenheit über diese Verhältnisse macht sich am 19.4.69 in einem spontanen Streik von Bergarbeitern der Zeche Winterslag Luft. Sie fordern zunächst 1000.- Fr. (73.-DM), später nur noch 500.- Fr.

(36,50 DM) pro Monat mehr. Ein Solidaritätsstreik der Übertagearbeiter wird von den Gewerkschaften hintertrieben: Sie weigern sich, Streikgelder zu zahlen und weisen darauf hin, daß man nach dem Ablauf des Tarifvertrages am 1.12.69 gemeinsam streiken werde.

Diese Weigerung ist vor dem Hintergrund der Rolle der belgischen Gewerkschaften zu sehen: ihre Funktionalisierung für die Interessen des Kapitals ist offenkundiger als in der BRD. Sie erhaltenz.B. von der Stahlindustrie 0,5 % der Gesamtlohnsumme pro Quartal, wenn sie sich für die Erhaltung des "sozialen Friedens" eingesetzt haben. Der gesamte Ablauf des Streiks ist ein Beweis dieser klassenverräterischen Rolle der Gewerkschaften.

Im November einigen sich die beiden Gewerkschaften CSC (christliche Gewerkschaft) und FGTB (sozialdemokratische Gewerkschaft) drauf,gemeinsam eine stufenweise Lohnerhöhung im Laufe von 2 Jahren um insgesamt 15 % zu fordern. Die Gewerkschaften versprachen, diese Forderungen durchzusetzen, notfalls durch Streik.

Mitte Dezember jedoch hat sich die Führung der Bergarbeitergewekschaft an die Argumentation der Unternehmerverbände angepaßt. Eine 15 %ige Lohnerhöhung bedrohe die Wettbewerbsfähigkeit der eisenschaffenden Industrie. Während die Arbeiter zuvor für die Forderung von 15 % eingetreten waren, mußten sie nun sehen, wie die Führungsgremien von CSC und FGTB ihre Forderung aufgaben und in "nationaler Verantwortung " einen faulen Kompromiß schlossen:

1. Lohnerhöhung von 10 % in einem Zeitraum von 18 Monaten (4 % am 1.1.70, 2 % Mitte 1970, 2 % am 1.1.71). durch einen Regional-Tarifvertrag kamen noch 2,1 % hinzu.
2. Das Mindestgehalt für Übertagarbeiter stieg von 303,15Fr. (22,75DM) auf 341,10Fr. (25,58DM) pro Tag. Mit den Zulagen stieg er von 403,80 Fr. (30,30 DM) auf 436,09 Fr. (32,70 DM) pro Tag. Für die Untertagarbeiter stieg er auf 510 Fr. (38,25 DM) pro Tag.
3. Die Jahresgratifikation wurde von 6000 Fr. (450.-DM) auf 7000 Fr. (490.-DM) heraufgesetzt.
4. Zuschuß für Berufskleidung von 1000 Fr. (75.-DM) auf 1500 Fr. (112,50 DM).
5. Eine besondere Klausel für die schlechtestbezahlten Lohngruppen wurde eingeführt, die besagte, daß auf diese 1,2 % der gesamten Lohnsumme verteilt werden solle.

Dieser Tarifvertrag verringerte kaum den Lohnrückstand zu den Löhnen belgischer Arbeiter in anderen Industriezweigen, zumal sich die Beiträge für Sozialversicherung um 6ooFr. erhöht hatten und die Preise z.B. 1969 um 6% gestiegen waren.

DIE SPONTANE ANTWORT DER ARBEITER

Die Bergarbeiter reagierten sofort. Bereits nach dem 15. Dezember kam es zu spontanen Streiks kleinerer Gruppen. Die Weihnachtsfeiertage verhinderten, daß die Aktionen sich allgemein ausbreiteten. Es soll in dieser Zeit zu rund 40 Kurzstreiks gekommen sein.

Am 5. Jan. 1970 löst die Frühschicht auf der Zeche in Winterslag den ersten spontanen Streik aus. Im Waschraum entschließen sich die Kumpels zu streiken und verlassen das Werk. Die ausländischen Arbeiter, v.a. die Italiener lund Spanier haben großen Einfluß auf diese Entscheidung. Die Forderung der Arbeiter war, zunächst eine Angleichung an die Löhne der Zeche Beringen. Wir finden hier eine Parallele zu den spontanen Streiks in der BRD. Z.B. forderten die Saarbergleute eine Angleichung an das Niveau im Ruhrbergbau. Die Gewerkschaftsvertreter wollten die Streiks unterlaufen und verhandelten mit der Unternehmensleitung. Ergebnislos. In der Zwischenzeit hat der spontane Streik auf die Zeche Zolder übergegriffen, schließlich auf die Zechen Beringen und Waterschei.

WIE DIE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE VERSUCHT, DEN STREIK DER BERGARBEITER ZU BRECHEN.

Währenddessen beweist ein internes Rundschreiben vom 7. Jan. der Gewerkschaftsbürokratie an ihre Delegierten von neuem ihre Funktion als Teilnehmer an der konzertierten Aktion gegen die Arbeiter: "Die Arbeit muß unbedingt wieder aufgenommen werden: die Halden sind erschöpft". Hier werden darüber hinaus sogar die eigenen Gewerkschaftler belogen. Von nun an werden die Anstrengungen, den Streik zu brechen, intensiviert:

1. Der Streik, der von den Gewerkschaften bei Nichterreichen der 15 % selbst angekündigt worden war, wird nicht anerkannt.
2. Die Gwerkschaften drücken sich vor dem Zahlen der Streikgelder mit der folgenden Argumentation: Es wäre noch nicht entschieden worden, ob Streik- oder Arbeitlosengeld zu bezahlen wäre. Daher könnel nur ein Vorschuß von 1000 Fr. pro Woche gezahlt werden.
3. Auf Anweisung der Regierung wurde von den Gewerkschaften die Prämie zum Jahresende denStreikbrechern ausbezahlt und den Streikenden zunächst als Erpressungsmaßnahme vorenthalten.

Die Gewerkschaften stimmen in die Anti-Streik-Kampagne der bürgerlichen Presse ein. Der Funktionär Thomassen (CSC) hält am Samstag den 10. Jan. eine Abwiegelungsrede im Rundfunk: "Unsere Funktionäre haben in einer Versammlung beschlossen (mit 83 %) daß Mont AG die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Gewerkschaft vertritt die Arbeiterklasse. Montag werden wir zwar vielleicht noch nicht mit 80 oder 90 % arbeiten, aber die überwiegende Mehrheit wird uns doch folgen". Am Montag den 12.1. arbeiteten aber in Wirklichkeit nur 15 %.

DER ORGANISIERTE KAMPF DER ARBEITER FÜR 15% LOHNERHÖHUNG

In Belgien ist die Aufstellung von Streikposten gesetzlich verboten. Am 12.1. versucht Bereitschaftspolizei gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. Es kommt zu einer ersten Straßenschlacht in Waterschei. In der Folge kommt es zu Solidaritätsstreiks z.B. bei den Amsterdamer Dockarbeitern und den Elektrikern von Chateroux. Automobil- und Stahlarbeiter legen ebenfalls die Arbeit nieder.

Am 20. Jan. streiken 5 der 7 Zechen im Lütticher Revier und Charleroi, mit den gleichen Forderungen: 15 % sofort, Hebung der Minimumlöhne und gegen die Gewerkschaftpolitik der konzertierten Aktion mit den Unternehmern und dem kapitalistischen Staat.

Am 23. Jan. findet wieder eine Straßenschlacht statt: In Winterslag stecken die Kumpels einen Bus und einen Jeep an. Anlaß der Demonstration: die Prämie zum Jahresende 69 war immer noch nicht bezahlt worden. Deshalb wollen sie sich die Arbeiter von 5 Gruben jetzt selbst holen. Am nächsten Tag wird die Prämie bezahlt.

Die Organisation des Streiks wird von einem ständigen Kommitee getragen, in dem Arbeiter und Studenten die Streikstrategie bestimmen. Das Komitee organisiert in jedem einzelnen Betrieb Streikversammlungen; dort werden der politische Inhalt, der weitere Verlauf der Streiks und die langfristigen Perspektiven des Streiks diskutiert und die praktische Organisation festgelegt und durchgeführt. Dazu gehören Presseerklärungen, das Drucken von Flugblättern in sechs Sprachen, materielle Versorgung der Streikenden durch Geldsammlungen und das Organisieren von Kundgebungen. Finanzielle Unterstützung erhalten die Streikenden auch von den Einzelhändlern in den Streikgebieten, die der Streikleitung 20 % ihrer Gewinne zur Verfügung stellen, weil sie wissen, daß ihr Wohlstand unzertrennlich mit dem der Arbeiter verknüpft ist.

Durch den Streik wird die Kohle für die Stahlindustrie im Lütticher Raum knapp. Man versucht die notwendige Kohle aus dem Ausland zu beziehen. Die US-Kohle kann allerdings im Hafen von Antwerpen nicht gelöscht werden, da die Hafenarbeiter sich aus Solidarität mit den Limburger Bergarbeitern geweigert haben, diese Kohle zu entladen. Auch aus Deutschland kann Kohle nur schwierig angeliefert werden wegen der Streikandrohung der Lütticher Hafenarbeiter.

Am 15. Febr., nach 6 Wochen Streik, fordert das Streikkomitee die Arbeiter auf, die Zechen zu besetzen. Man verspricht sich davon, daß der Streik, der ein wenig abzubröckeln beginnt, neu belebt wird. Das permanente Komitee beruft in sämtlichen Streiklokalen Versammlungen ein, um die für Montag, 16.2. geplante Besetzung der Gruben zu diskutieren und abzustimmen. In der Nacht zu Montag werden im Limburger Raum ca. 6000 "Bereitschaftspolizisten" (gendarmerie = Mittelding zwischen Bereitschaftspolizei und Grenzschutz) zusammengezogen.

Montag, 16.2.: Die Frühschicht fährt ein und besetzt 3 Gruben. Die Gendarmerie besetzt das Werksgelände und zwingt die Besetzer zur Aufgabe. Die Mittagschicht fährt zur Arbeit ein. Durch das Eingreifen der Gendarmerie und die fehlende Kommunikation zwischen den Besetzern und dem Streikkomitee war die Besetzung zum Scheitern verurteilt. Damit brach der Streik zusammen. Zuletzt in Winterslag.

Dienstag, 17.2.: Drei militante Arbeiter der Grube Winterslag boykottieren die Arbeit weiterhin. Sie werden gewaltsam entfernt und entlassen; in Zolder das gleiche. Daraufhin setzt am

Mittwoch, 18.2. der spontane Streik an drei Gruben wieder ein. Die Werksleitungen stellen daraufhin sämtliche entlassenen Arbeiter wieder ein: Die Arbeit wird wieder aufgenommen.

Allgemein ist festzustellen, daß bei den Arbeitern nicht Resignation vorherrscht: Der Streik ist nur ausgesetzt. Das permanente Komitee wird am Sonntag, den 22.2., eine Versammlung abhalten mit dem Ziel, eine weiterführende Strategie zu entwerfen mit daraus resultierenden organisatorischen Konsequenzen. Es will den Arbeitern ein Referendum vorlegen mit der Frage, ob sie bereit wären, ab 1. Juli zu streiken, falls am 15. Mai die 15 % nicht erreicht sind.

Bericht von den Protesten gegen den NPD - Parteitag in Wertheim am 14. Feb. 70

Kaum waren die DGB-Reden beendet, sprangen die Motore der Busse an, die die anti-faschistischen Demonstranten schleunigst nach Hause fahren sollten. Aber bei weitem nicht alle Kollegen ließen sich von der darin versteckten Drohung, die Busse würden nicht warten, beeinflussen.
Die "Welt", das Unternehmerblatt des rechten Meinungskonzerns des "Bild"-Verlegers Axel Springer, hat diesen Sachverhalt ziemlich genau beobachtet. Schließlich interessiert es die lesenden Unternehmer, in wie weit der DGB seine Mitglieder noch im Griff hat:"Weiter dröhnte der Lautsprecher über die Menge und über die Tauber in Richtung der Stadthalle, wo die NPD tagte: "Man muß sich fragen, ob Blinde beauftragt sind, die NPD zu überwachen ...", rief der DGB-Landesvorsitzende Karl Schwab. Die Gewerkschaften jedenfalls seien entschlossen, "die Nationalisten und Faschisten zu hindern, uns und unsere Kinder nochmals in eine nationale Tragödie zu treiben". Es folgte die Bitte, sich nun zu den Fahrzeugen zu begeben und die Rückreise anzutreten. Die Motoren der ersten der 69 Omnibusse sprangen an.
Während viele gehorsam zu den Bussen gingen, die das Main-Ufer kilometerlang säumten, die meisten mit unlustigen Mienen, eingerollten Wimpeln der IG Metall, schlossen sich etwa 600 meist junge Leute, aber auch ältere Arbeiter, die ihre Busse warten ließen, dem Demonstrationszug an. Der Wald der Transparente und roten Fahnen rückte über die Tauberbrücke zum anderen Ufer."
("Die Welt" vom 16. 2. 70)

Nun, warum waren die meisten der 5000 Kundgebungsteilnehmer tatsächlich unzufrieden? Warum hielten viele die spontane Demonstration gegen das Faschistentreffen für notwendig? Sie hatten von der Doppelzüngigkeit der Reden der DGB-Sprecher Schwab (Baden-Württemberg) und Muhr (Bundesvorstand) die Nase voll. Man kann nicht einerseits, wie Schwab und Muhr, die NPD als einen Ausbund von kriminellem Wahnsinn verurteilen und andererseits jede wirkungsvolle Demonstration gegen die NPD zu verhindern versuchen. Muhr und Schwab hätten sich an die Spitze stellen müssen, wenn sie es wirklich ehrlich mit dem, was sie sagten, gemeint hätten. Aber dies ist ein Widerspruch, den wir immer wieder bei DGB-Funktionären erleben werden. In Worten müssen sie ungeheuer radikal sein, um zugleich die Einsicht in den wahren Sachverhalt zu verhindern. Im Falle der NPD heißt das, daß sie verschleiern, was diese wirklich ist: eine faschistische und kapitalistische Partei. Sie schwanken ständig zwischen Putschismus in Worten (Beispiel: "Langmut gegenüber den Neofaschisten ist ein Verbrechen", so Schwab in Wertheim) und Abwiegelei in der Tat (Beispiel: "Keine Gewalttätigkeiten" - so derselbe Schwab ebenfalls in Wertheim).

Diese Doppelzüngigkeit, die sich daraus erklärt, daß der DGB sich als Sozialpartner des Kapitals versteht und erst in zweiter oder dritter Linie als Interessenorganisation der Arbeiterklasse, hat auf die Dauer Folgen. Ein Teil der Mitglieder verfällt in Lethargie und Teilnahmslosigkeit, ein anderer Teil hat die Nase voll und handelt auf eigene Faust. Genau dies ist in Wertheim geschehen, wo eine IG-Metall-Fahne der Demonstration gegen das durch Stacheldraht geschützte Faschistentreffen vorangetragen wurde. Die entscheidende Niederlage des DGB durch seine eigenen Mitglieder deutete sich bereits in den Septemberstreiks an. Eine Gewerkschaft, die die ökonomischen Forderungen ihrer Mitglieder nur noch in dritter Linie vertritt, wird unglaubwürdig und schließlich von der Arbeiterklasse abgeschüttelt. Die Anerkennung des DGB als "Sozialpartner" des Kapitals erfolgt aber nur in dem Maße, als der DGB bereit ist, auf berechtigte Forderungen seiner Mitglieder zu verzichten. Weil der DGB von "Sozialpartnerschaft" statt von Kapitalismus und Klassenkampf redet, kann er auch nicht mehr begründen, warum er gegen Faschismus ist: denn Faschismus ist nichts anderes als Aufrechterhaltung kapitalistischer Ausbeutung durch verschärfte politische Unterdrückung. Deshalb nehmen DGB-Reden so oft den Charakter geheuchelter und sinnloser Radikalität an. Denn radikal sein ist nur dann sinnvoll, wenn die Radikalität im Interesse der Arbeiter und Angestellten ist, sonst wird sie lächerlich.

Nachmittags um 15 Uhr lernten wir auf der Kundgebung der Linken, zu der über 2000 Teilnehmer - darunter überraschend viele aus Wertheim - gekommen waren, einen Bündnispartner des DGB im anti-faschistischen "Kampf" kennen: Bürgermeister Scheuermann (SPD) von Wertheim. Auf die Frage, warum er für diese Veranstaltung die Wertheimer Turnhalle verweigert hatte, gab er die treffliche Erklärung, diese sei bereits seit 14 Tagen von der Bereitschaftspolizei als Quartier beansprucht. Auf die einfache Idee, daß eine anti-faschistische Diskussionsveranstaltung wichtiger ist, kam er gar nicht. Er konnte auch gar nicht darauf kommen, weil er durch seine Entscheidung bereits klar gemacht hatte, daß er Bereitschaftspolizei, die Faschisten schützt, für wichtiger hält als anti-faschistische Demonstranten. Auf die weitere Frage, warum er nicht dem Faschistentreffen wenigstens die üblichen juristischen Knüppel zwischen die Beine geworfen habe (Verweigerung oder Kündigung des Mietvertrags), meinte er, dann hätten wir doch diese stattliche Kundgebung mit ihm zusammen (Scheuermann hatte die Mikrofonanlage spendiert) nicht abhalten können. Logisch bedeutet das: Da eine Demokratie unbedingt antifaschistisch sein möchte, muß es auch Faschisten geben. Nun, das Geheimnis dieser "Logik" dürfte sich so aufklären: Scheuermann (SPD) hat von Innenminister Krause (SPD) den Wink bekommen, nichts gegen das NPD-Treffen zu unternehmen. Krause, ein Westentaschen-Noske, steht insgeheim der "Ordnung", die die NPD errichten will, näher, als einer Ordnung im Interesse der Arbeiterklasse, die mit dem Kapitalismus und damit mit dem Faschismus Schluß machen würde. Die Tatsache, daß Krause bei seinen Mannheimer Wäh-

lern bei der letzten Landtagswahl durchfiel - trotz seiner wütenden Ausfälle gegen die "Studentenunruhen" - hat bei ihm zusätzliches Verständnis für die NPD geweckt.

Auf einer abschließenden Veranstaltung der organisierten Linken im Wertheimer "Waldhaus" wurde nach Diskussion beschlossen: 1. Protest gegen Tränengas- und Knüppeleinsatz durch die Polizei gegen Gewerkschafter, Schüler und Studenten. 2. Ein Seminar in Wertheim, das die Wurzeln des Faschismus in der kapitalistischen "Entwicklung" der Sozialstruktur der unterentwickelten Regionen Odenwald/Bauland aufzeigen soll. Darauf aufbauend soll in Zusammenarbeit von sozialistischen Studenten, von Schülergruppen, Jungdemokraten und Jungsozialisten eine antifaschistische Agitation im Interesse der arbeitenden Klassen (Arbeiter, Angestellte, Bauern) entwickelt werden.

Die Rolle der NPD - ist die NPD auf dem absteigenden Ast ?

Die Tatsache, daß die NPD knapp den Eintritt in den Bundestag verfehlt hat, wird von vielen, auch von überzeugten Demokraten, als Anlaß dafür genommen, die NPD durch "Totschweigen" zu bekämpfen. Während diese Liberalen die NPD totschweigen, hat sich die NPD zu einem unentbehrlichen Kettenhund des Kapitals gemausert: Anfänglich von "Ehemaligen" und anderen versprengten Rechten gegründet, stützte sich die NPD vorwiegend auf die unzufriedenen Schichten im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft. Inzwischen hat sie diese Opfer des Kapitalismus längst abgehängt und braucht sie lediglich noch als Stimmvieh bei Wahlen.

In der Agrar-Politik ist die Erhaltung eines "gesunden Bauernstandes" um jeden Preis zugunsten der leeren Parole von den "kostendeckenden Preisen" für die Bauern aufgegeben worden. In der Bildungs- und Wissenschaftspolitik übertrifft die NPD die anderen kapitalistischen Parteien CDU, SPD und FDP mit technokratischen Vorschlägen, die die Verwertung der Wissenschaft "kostensparend" in den Dienst des Kapitals stellen sollen. (Vgl. zur Agrar- und Wissenschaftspolitik der NPD: L. Niethammer, Angepaßter Faschismus, Frankfurt 1969) Die NPD ist weiter die einzige Partei, die offen die Gewerkschaften bekämpft, während die "Volksparteien" CDU und SPD so sehr mit ihnen verfilzt sind, daß sie nicht von außen angreifen können. Schließlich ist die NPD die Partei, die den etablierten Parteien ein Alibi für anti-rechtsstaatliche und anti-demokratische Praktiken in der Bekämpfung oppositioneller Minderheiten und avantgardistischer sozialistischer Gruppen liefert. Unter dem Vorwand; ihre Wähler nicht an die NPD verlieren zu dürfen, können sich CDU, CSU, FDP und SPD der Methoden der NPD bedienen. "Während die Gewerkschaften die NPD bekämpfen - durch politische Aufklärungsarbeit, durch Protestdemonstrationen, durch den konsequenten Ausschluß aller NPD-Mitglieder und schließlich durch die Forderung nach einem Verbot der NPD -, verhalten sich die Unternehmer zwar offiziell noch reserviert, legen aber doch jetzt schon ein bemerkenswertes Wohlwollen an den Tag. So hieß es in einem Leitartikel des Chefredakteurs Dr. Heinrichsbauer in der offiziellen Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Der Arbeitgeber, am 20. April 1966 unter der Überschrift Ist "national" ein Unglück?: "Nicht weil wir die NPD für verkappte Nazis, sondern weil wir sie nicht dafür halten, setzten wir uns hier mit ihr auseinander, denn gerade darin scheinen uns die Wurzeln dieser Partei zu liegen, der wir denn auch hier und im Augenblick noch keine besondere Giftigkeit nachsagen wollen.""(R. Kühnl u.a., Die NPD, Frankfurt 1969, S. 309) Das Wohlwollen des Arbeitgeberverbandes hat sich die NPD redlich verdient. Sie ist die einzige Partei, die auch laut sagen darf, was die anderen tun. Je lauter sie es sagt, desto mehr tun die anderen für die Kapitalisten. Die NPD über die Unternehmer: "Was sich ... nicht ersetzen läßt, ist die Initiative ... des geborenen Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft." (Kühnl, S. 105) Der Wiederaufbau der Bundesrepublik ist nicht den Arbeitern zu verdanken, sondern "nur auf der Grundlage der Förderung der Privatinitiative der Unternehmer gelungen". (Kühnl, S. 105) Im "Wirtschaftspolitischen Eildienst"der NPD heißt es: Die Löhne und Gehälter sind seit 1965 viel zu stark gestiegen, und in den "Deutschen Nachrichten" der NPD heißt es: Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt für 1968 sind zu hoch. (Kühnl, S. 106) Diese Ansichten sind dem Kapital wiederum so teuer, daß es sich die NPD etwas kosten läßt. Der genannte Politische Wissenschaftler Reinhard Kühnl von der Universität Marburg kommt in der Untersuchung der Finanzierung der NPD zu dem Schluß: "Ein Teil der deutschen Großindustrie leistet ... der NPD finanzielle Unterstützung. Sie läuft über die "Freundeskreise der NPD", welche die Partei - Hitlers Kontakte zum "Industrieclub" vor Augen - einrichtete." (S. 69)

Fortsetzung d. Artikels zur Palästina-Demonstration v. S. 1.

Staaten dar. Diese Ansicht des Problems ist vor allem bequem für die, die ein Interesse daran haben, daß nicht die arbeitenden jüdischen und arabischen Massen die Lösung des Konflikts in die Hand nehmen, sondern daß diejenigen in diesem Konflikt ihre Interessen durchsetzen, die die Macht in den einzelnen Staaten haben und die die Massen daran hindern, ihre Interessen wahrzunehmen, und die deshalb behaupten können, sie würden für die Juden und die Araber sprechen. In Wirklichkeit aber kann man Moshe Dajan mit den Juden in Israel und Präsident Nasser oder König Hussein mit den Arabern ebensowenig gleichsetzen, wie die Herren Krupp, Abs, Brandt oder den General Schnez mit den Deutschen. Und natürlich haben der jüdische Hafenarbeiter in Haifa und der arabische Arbeitslose in Bethlehem mehr miteinander gemeinsam, als mit dem israelischen Industriellen einerseits, des-

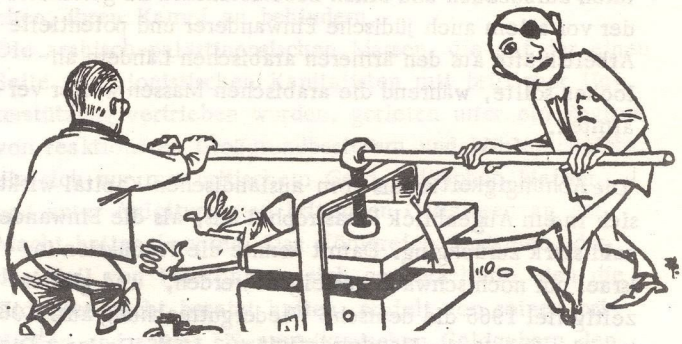
sen Waren in Haifa verladen werden oder mit dem arabischen Großgrundbesitzer ist, weil die arabischen Bauern verschuldet, vertrieben und jetzt arbeitslos sind.
Der jüdische und der arabische Arbeiter haben auch dann noch gemeinsame Interessen gegen die jüdischen und arabischen herrschenden Klassen, wenn der israelische Kapital ist den arabischen Arbeitslosen dadurch vor dem Hunger rettet, daß er ihn als Streikbrecher gegen den jüdischen Arbeiter einsetzt, denn die jüdischen Arbeiter haben in den letzten Jahren hunderte Male gestreikt.
Für die israelischen Kapitalisten hat der Krieg von 1967 bedeutet, daß die Produktion durch die Rüstung und durch die Eroberung neuer Absatzmärkte angekurbelt wurde.
Für die israelischen Arbeiter hat er nur bedeutet, daß die Kapitalisten die Lohnforderungen der jüdischen Arbeiter damit unterbinden konnten, daß sie arabische Arbeitskräfte mehr und mehr einstellten, die kaum organisiert für ihre Forderungen kämpfen können, weil sie froh sein müssen, wenn sie überhaupt einen Hungerlohn für ihre Arbeit kriegen und die außerdem mit Hilfe von Ausnahme-(Notstands)-Gesetzen und der israelischen Militärverwaltung gewaltsam an jeder Selbstorganisation gehindert werden. Gerade jetzt ist es unbedingt notwendig, genau zu untersuchen welche Gruppen sich in Palästina gegenüberstehen.

Die Demonstration am kommenden Dienstag soll an erster Stelle unsere Solidarität mit den Organisationen ausdrücken, die am klarsten erkannt haben, daß es sich im Nahen Osten um einen Konflikt zwischen den sozialen Klassen , also zwischen Kapitalisten auf der einen Seite und Proletariat als auch den unterdrückten Volkmassen auf der anderen Seite handelt und nicht um einen Konflikt zwischen Völkern oder gar Rassen. Diese Organisationen streben heute einen gemeinsamen Kampf von jüdischen und palästinensisch-arabischen Massen an. In Israel selber sind das die kommunistische Rakah-Partei und v. a. die Israelische Sozialistische Organisation MAZPEN, auf der arabischen Seite handelt es sich um große Gruppierungen innerhalb der palästinensichen Befreiungsbewegung Al Fatah, um die Organisation Al-Saikah, die vom syrischen Staat unterstützt wird und an erster Stelle um die marxistisch-leninistische Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP).

Die Klassenverhältnisse in Israel und der Krieg als Mittel zur Krisenbekämpfung

Die israelische Propaganda behauptet, daß Israel eine Zufluchtsstätte für die Juden ist, die in Russland vor der Revolution von 1917 und unter dem Faschismus unmenschlichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sind. Die Bewegung, die die verfolgten Juden sammelte und es ihnen ermöglichen sollte, ein Volk in einem Staat zu bilden heißt Zionismus.
In Wirklichkeit handelte es sich darum, mit Hilfe von westeuropäischem Kapital jüdische Arbeiter aus Osteuropa nach Palästina zu exportieren, damit sie dort für dieses Kapital produzierten und zugleich gegen die arabischen Bewohner Palästinas die Interessen der westeuropäischen Kapitalisten durchsetzten.

Heute ist der Zionismus die besondere Form des Imperialismus, mit der die israelische Kapitalistenklasse das jüdische Proletariat in Israel unter Zuhilfenahme von ausländischer Finanzhilfe (z. B. westdeutsche Wiedergutmachung) ausbeutet, und zugleich die arabischen Massen ebenfalls im Bündnis mit den westlichen Imperialisten (z. B. den USA und der Bundesrepublik) militärisch und wirtschaftlich unterdrückt.



Von Anfang an war die zionistische Siedlung in Palästina unter die Vorherrschaft des Kapitals gestellt. Bankiers, wie etwa die Rothschilds kauften arabischen Großgrundbesitzern das Land ab und ließen es von jüdischen Lohnarbeitern bebauen. Die zionistische Gewerkschaft Histatrut hatte vor allem den Zweck, dafür zu sorgen, daß keine arabischen Arbeiter eingestellt wurden. Die arabischen Bauern, die bis dahin auf dem Land gesessen hatten, wurden vertrieben. Der Krieg von 1948 nach der Gründung des Staates Israel, vollendete nur diesen Prozess, bei dem insgesamt 900000 Menschen zum Teil mit brutaler Gewalt aus dem Land getrieben wurden. Großbritannien, das die zionistische Besiedlung lange ohne Rücksicht auf die Araber offen gefördert hatte, weil es sich davon eine Unterstützung seiner eigenen Wirtschafts- und Machtinteressen im Nahen Osten versprach, sorgte dafür, daß der Teil von Palästina, den die Israelis nicht eroberten, unter ihrer direkten Kontrolle blieb. Sie erlaubten dem König des kleinen Wüstenlandes Transjordanien, der völlig vom englischen Kapital abhängig war, den Rest Palästinas zu besetzen und seinem Reich einzuverleiben.

Der Krieg von 1956, der gegen Ägypten gerichtet war, hatte Gebietserweiterung und Stabilisierung der Macht des Zionismus zum Ziel, abgesehen davon, daß England und Frankreich ein großes Interesse an diesem Krieg hatten, nachdem Ägypten den Suez-Kanal verstaatlicht hatte und die Durchfahrtsgebühren für sich behielt. Klarer konnte der imperialistische Charakter des Staates Israel nicht erwiesen werden, als durch diese Aktion.

Der 6-Tage-Krieg 1967 verfolgte die gleichen Ziele. Allerdings waren die Kriegsziele mehr als früher von direkten wirtschaftlichen Ursachen abhängig, und zwar in folgender Weise: Von 1959 bis 1964 stieg das Sozialprodukt durchschnittlich um 7 % pro Kopf der Bevölkerung. 1965 fiel der Zuwachs des Sozialprodukts auf 3,6 %, 1966 auf 1 %, da ein starker wirtschaftlicher Rückschlag

zu verzeichnen war. Die relative Steigerung des Sozialproduktes der ganzen Jahre war nur möglich, weil seit Bestehen des Staates Israel ununterbrochen Milliardenbeträge an US-amerikanischen Unterstützungsgeldern und westdeutschen "Wiedergutmachungsgeldern" (bis 1965 mindestens 3,5 Milliarden DM) ins Land flossen. Sie dienten u.a. dazu, den Strom der Neueinwanderer in die israelische Wirtschaft einzugliedern und entsprechende landwirtschaftliche und industrielle Kapazitäten aufzubauen und einen Lebensstandard zu garantieren, der vor allem auch jüdische Einwanderer und potentielle Arbeitskräfte aus den ärmeren arabischen Ländern anlocken sollte, während die arabischen Massen weiter verarmten.

Die Abhängigkeit Israels vom ausländischen Kapital wirkte sich in dem Augenblick katastrophal aus, als die Einwandererzahl stark zurückging. Damit konnte die Produktion in Israel nur noch schwach gesteigert werden, und gleichzeitig fiel 1965 die deutsche Wiedergutmachung aus. 1967 betrug das israelische Handelsdefizit 437 Mill. Dollar. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels drückten sich aus in der hohen Zahl der Arbeitslosen, die 1966 100000 und bis Mitte 1967 150000 betrug. Angesichts dieser Schwierigkeiten waren die ausländischen Kapitalisten nicht mehr im gleichen Maße wie früher bereit, Investitionen in Israel vorzunehmen: z.B. nahmen die Investitionen 86 Mill. Dollar 1966 bis auf 14 Mill. Dollar 1967 ab. Dazu kam, daß der israelische Staat 1966/67 Schulden in Höhe von 800 Mill. Dollar zurückzahlen mußte, was etwa 17 % des gesamten Haushaltes des Staates ausmachte. Hinzu kommt noch der große Produktionsausfall durch die wachsende Zahl von streikenden Arbeitern, die 1966 fast 100.000 ausmachte, deren Löhne um etwa 1,2 % sanken, während die Zunahme der Profite allein der israelisch-amerikanischen Investitionsgesellschaft 25 % gegenüber dem Vorjahr betrug.
Das israelische Kriegskabinett wurde vor die Alternative gestellt: entweder gegen die eigenen unzufriedenen und sich in Steiks organisierenden Arbeiter zu kämpfen, oder die Krise der israelischen Wirtschaft durch Aggression und Erschliessung arabischer Absatzgebiete zu lösen.
Diese Aggression schien den Herrschenden in Israel das beste Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Schaffung von Absatzgebieten für die israelische Wirtschaft. Die folgenden Statistiken zeigen, wie sich die israelische Produktion und die israelischen Exporte infolge der Aggression steigerten. Nach Angaben des Zentrums für Industrielle Planung hat die private Industrie in der Zeit zwischen Juli 1967 und Juni 1968 über 650 Mio. Lira an Gewinnen machen können. Al HaMishmar berichtete am 10.9.1968, daß solche Profite vor 1967 niemals realisiert werden konnten. Darüber hinaus erzielte das israelische und sonstige Finanzkapital nach der Aggression die höchsten Gewinne in der Geschichte des Staates Israel. Die Discount-Bank steigerte ihre Profite 1968 um 40 %, d.h. 15 Mio. Lira, die Versicherungsgesellschaft Eliaho um 100 % und die Amerikanisch-Israelische Investitionsgesellschaft um 25 %, d.h. 7 Mio. Lira. Im Allgemeinen steigerten sich die nationale Produktion 1968 um 14 % und die Investitionen um 45 %.

Dieser Zuwachs war eine Folge der Militarisierung verschiedener Industriezweige, die Unterstützung der zionistischen Organisation in Westeuropa und den USA und nicht zuletzt der für die israelische Wirtschaft vorteilhaften Handelsbilanz mit den besetzten Gebieten.

Die, die von diesem Boom nicht profitierten, waren die israelischen Arbeiter, deren Löhne, auch wegen der arabischen Konkurrenz, kaum stiegen und vor allem auch unter der Inflation litten, die die ständige Kapitalzufuhr mit sich brachte. Die großen Streiks gingen daher auch nach 1967 weiter.

Wir müssen das Bündnis zwischen dem westdeutschen und dem israelischen Imperialismus bekämpfen !

In diesen Tagen besucht der israelische Außenminister Aba Eban die Bundesrepublik. Er erbittet dort Geld, damit seine Regierung mit den arabischen Völkern ebenso verfahren kann wie die Nazis mit den Völkern Polens oder der UdSSR.

Er wird dabei vor allem von jenen Industrie- und Finanzkreisen unterstützt, die die Kriege gegen Polen und die UdSSR finanzieren halfen (Thyssen) und die sich während des Faschismus als erste an jüdischem Eigentum bereichert haben (Abs). Die alten Nazis und ihre ehemaligen Opfer reichen sich heute die Hände, weil sie gemeinsam ein neues Opfer gefunden haben.
Die Regierenden in Israel brauchen das Geld der ehemaligen Judenmörder, um Flugzeuge und Bomben zu bezahlen, die die ägyptische Ölindustrie und das bißchen Eisenindustrie zerschlagen, weil sich die Ägypter hartnäckig weigern, ihr Öl und ihr Eisen für die Rechnung von US-Konzernen oder des israelischen Kapitals produzieren; sie brauchen Geld, um den Sprengstoff zu bezahlen, mit dem sie noch mehr als die 6000 schon gesprengten Häuser in den von ihnen besetzten Gebieten zerstören, weil deren Besitzer sich nicht den Besatzungsbedingungen beugen wollten.
Sie brauchen auch Geld für Investitionen, damit sie Waren produzieren können, um sie den Massen zu verkaufen, nachdem sie sie mit Gewalt und Terror zum Absatzmarkt für die israelische Industrie gemacht haben.

Denn trotz der riesigen Gewinne, die die Ausbeutung der besetzten Gebiete den israelischen Kapitalisten bringt, können sie diesen Markt nur halten, wenn sie ständig von den imperialistischen Weltmächten, vor allem den USA und der BRD, unterstützt werden. Da es in Israel bis heute keine Schwerindustrie gibt, müssen die Israelis an jedem Stück Tuch, das sie verkaufen, und an jeder Granate, die sie verschießen, einen ausländischen Kapitalisten mitverdienen lassen. Israels Handelsbilanzdefizit ist 1968 auf 1969 weiter um 30% gestiegen, das Zahlungsbilanzdefizit um fast das Doppelte. Deshalb haben nicht nur die israelischen Kapitalisten ein Interesse, sich an den besetzten Gebieten zu bereichern, sondern desgleichen ihre Geldgeber in Westeuropa und den USA.

Die deutschen Industrie- und Regierungskreise stehen daher dem Ersuchen Israels um noch mehr Geld wohlwollend gegenüber. Nicht etwa, um "wiedergutzumachen, was einmal im Namen der Deutschenan Juden begangen wurde", sondern um an dem großen Geschäft, das der Krieg im Nahen Osten bedeutet, teilhaben zu können: Deutsche , gut verzinsliche Kredite finanzieren die israelischen Neuinvestitionen und Rüstungsaufträge; deutsche Firmen bauen heute in Israel Pipelines.

Daß Israel heute im Nahen Osten an der gleichen Front wie die USA in Vietnam kämpft, und daß die Unterstützung von alten Antisemiten für Israel dem gleichen Zweck dient, wie die Unterstützung der großen Industrie für die Nazis, das wird immer mehr gerade auch denen bewußt , die Israel lange aus Solidarität mit den Juden gegen die Nazis unterstützt haben.
Wenn die Opposition gegen die Unterstützung des Zionismus wächst, könnte das den Profiten aus dem Krieg gegen das palästinensische Volk schaden. Die Palästinenser, die sich gegen die zionistischen Eroberungen wehren, müssen daher als die neuen Nazis und Judenmörder dargestellt werden, damit die wirklichen Nazis bei ihren geschäftlichen Besprechungen mit Aba Eban nicht behelligt und entlarvt werden können.

Die unglaubliche Hetze, die nach dem Flugzeugattentat von München-Riem eingestzt hat, soll vergessen machen, daß in einem Monat in Ägypten ca. 1000 Zivilisten Opfer der israelischen Aggression werden, von dem Terror in den besetzten Gebieten ganz zu schweigen. Zugleich wird auch ein Verbrechen, wie der Anschlag auf das jüdische Altersheim in München, das nur ein spätes Ergebnis der Nazipropaganda sein kann, der Linken in die Schuhe geschoben, um Verhaftungen und Hausdurchsuchungen zu rechtfertigen und die Vollmachten der politischen Polizei zu erweitern.

Die Sozialistien in Palästina und in der Bundesrepublik verurteilen die Flugzeugattentate, weil sie sinnlos Menschenleben kosten, den Zionismus nicht in seinen Unterdrückungsmaßnahmen behindern können und die Kampfkraft des palästinensischen Volkes nicht stärken.

Ebensowenig aber, wie wir die Verbrechen des israelischen Kapitalismus gegen das arabische Volk den jüdischen Arbeitern anlasten, lassen wir uns durch die Taten von reaktionären arabischen Gruppen in unserer Unterstützung für die fortschrittlichen Organisationen in Palästina beirren. Unser Kampf gilt den herrschenden Klassen in allen Ländern, die international dann zusammenarbeiten, wenn es gilt die Volksmassen auszubeuten und die immer nationalistisch und rassistisch dann auftreten, wenn es gilt, die Massen für den eigenen Profit gegeneinander aufzuhetzen.
In der Bundesrepublik müssen wir an erster Stelle die bekämpfen, die die Raubzüge der israelischen Imperialisten finanzieren!

Die Palästinenser und die arabischen Staaten

Daß der Zionismus heute in den besetzten, 1967 eroberten Gebieten auf Widerstand stößt, und es gar nicht sicher ist, ob er sich dort auf lange Zeit halten kann, erklärt sich aus dem Entstehen einer neuen organisierten Kraft: der fortschrittlichen palästinensichen Widerstandsbewegung.
Wie unsinnig es ist, von den Arabern ohne Unterscheidung ihrer Klassenlage und politischen Position zu sprechen, geht schon daraus hervor, daß sich diese Widerstandsbewegung erst gegen die Führung der arabischen Staaten durchsetzen mußte, die noch heute, wie in den letzten Wochen in Jordanien, von Zeit zu Zeit versuchen, ihren Kampf zu behindern.
Die arabisch-palästinensischen Massen, die auf der einen Seite von zionistischen Kapitalisten mit britischer Unterstützung vertrieben wurden, gerieten unter ein Regime von reaktionären Großgrundbesitzern und Wüstenscheichs, die sich nur mit britischem Geld, britischen Waffen und unter Anleitung von britischen Offizieren an der Macht halten konnten. Das Königreich Jordanien, das den Teil von Palästina an sich gerissen hatte, den die Zionisten nicht besetzt hatten, erhielt von seinen britischen und später US-amerikanischen Geldgebern den Auftrag, alles zu tun, damit die Palästinenser sich nicht gegen die Vertreibungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zur Wehr setzten.
Hunderttausende von Palästinensern leben bis heute in riesigen Flüchtlingslagern jahrelang am Rande des Existenzminimums, politisch kontrolliert und unterdrückt von der jordanischen Polizei, von den Israelis an der Rückkehr auf ihr Land und zu ihren Arbeitsplätzern gehindert, von den westlichen Regierungenmit Hungerrationen versehen, die die Flüchtlinge gerade eben am Leben erhielten, aber nie ausreichten, um in dem landwirtschaftlich und rohstoffarmen Land neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Ein anderer großer Teil der Palästinenser bildete: als Händler, Handwerker und Kleinunternehmer die wirtschaftlich stärkste Schicht in Jordanien, die in ständigem Konflikt mit den veralteten Wirtschafts- und Sozialstrukturen des jordanischen Königreichs lebte und vor allem bereit war, gegen den britischen und amerikanischen Imperialismus zu kämpfen, der das entwicklungsunfähige jordanische Regime mehr als einmal durch direktes militärisches Eingreifen vor dem Sturz rettete.

Bis 1967 war das große Vorbild der palästinensischen Flüchtlings- und Bauernmassen und des palästinensischen Bürgertums der ägyptische Präsident Nasser, der es 1956 geschafft hatte, sich gegen die vereinigten Briten, Franzosen und Israelis zu behaupten. Aber auch Präsident Nasser ging es nur darum, seinen Machtbereich zu erhalten und er unterstützte die Palästinenser letzten Endes nur mit Worten: 1964 verstand er sich mit dem saudi-arabischen König, der mit den USA durch das Ölgeschäft engstens verbunden ist, darauf, eine Scheinvertretung der Palästinenser zuschaffen, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, unter dem Großsprecher Schukeiry, der zwar viel tönte, in Wirklichkeit aber zur Niederlage von 1967 beitrug.

Die palästinensischen Widerstandsorganisationen

Nach der Niederlage von 1967 konnten sich die Palästinenser aus der Bevormundung durch die arabischen Staaten befreien und ihre eigenen Organisationen

aufbauen, die sich nicht mit einem ängstlichen STillhalten gegenüber den zionistischen Eroberun gen begnügten, sondern den bewaffneten Kampf organisierten und begannen, das Volk zu bewaffnen. Sie sind heute eine Gefahr für die reaktionären arabischen Staaten geworden.
Heute ist die palästinensische Widerstandsbewegung ein entscheidender Machtfaktor im Nahen Osten, sie ist aber alles andere als einheitlich. Die stärksten Gruppen stehen heute unter der Führung jenes palästinensischen Bürgertums, das vom reaktionären jordanischen Regime und durch die zionistischen Eroberungen an der Entfaltung seiner wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten gehindert wird. Dieses Bürgertum kämpft einen nationalen Befreiungskampf gegen die imperialistische Unterdrückung Palästinas und Jordaniens. Es kann sich dabei auf die Masse der Flüchtlinge stützen, für die die Befreiung Palästinas von der zionistischen Fremdherrschaft Brot und Arbeit bedeutet.
Unter diesen Organisationen ist Al-Fateh die größte und bedeutendste. In Al-Fateh haben sich verschiedene politische Strömungen im Palästinensischen Volk vereinigt, die den Kampf gegen den Zionismus führen. Die Führer von Al-Fateh gelten international als die Sprecher der Palästinenser und als die Repräsentanten einer Bewegung, die heute dem Reaktionär Hussein die Macht in seinem Staate erfolgreich streitig macht.

Einige der bürgerlichen Widerstandsorganisationen tragen deutlich reaktionäre und nur nationalistische Züge. Sie sind für die Flugzeugattentate verantwortlich, die die fortschrittlichen Organisationen, darunter auch Al-Fateh, verurteilen, weil sie Ausdruck einer Kampfform sind, durch die eine kleine Clique durch die andere gestürzt wird, ohne daß die Volksmassen sich an diesem Kampf beteiligen und sich auf die Machtübernahme vorbereiten können.

Die Rolle der FPDLP

Im Gegensatz zu dieser terroristischen und bürgerlich-nationalistischen Politik gehen einige Gruppen davon aus, daß die Befreiung der Volksmassen im Nahen Osten nicht nur gegen den Zionismus, sondern ebenso gegen alle arabischen Herrschaftsapparate, die mit dem Imperialismus verbunden sind, erkämpft werden muß, daß sie im Nahen Osten nur dann vollendet werden kann, wenn die nationale Befreiung mit der sozialen Revolution verbunden wird. Diese Richtung wird heute am konsequentesten von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) vertreten. Seit ihrem Entstehen vor einem Jahr am 22. 2. 1969 ist die FPDLP die Kraft in der palästinensischen Widerstandsbewegung geworden, die durch ihre klare antiimperialistische Linie den politischen Kurs der Widerstandsbewegung mehr und mehr bestimmt. Folgende sind die wichtigsten Programmpunkte dieser marxistisch-leninistischen Partei:
1. Die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Kaderpartei FPDLP ist es, den fortgeschrittensten Kern des antiimperialistischen Kampfes zu bilden, die revolutionäre Theorie vom Klassenkampf in die Massen zu tragen und mit ihrer Hilfe die Massen zu organisieren, daß sie die bürgerlichen und imperialistischen Herrschaftsapparate zerschlagen, und die Herrschaft der Volksmassen errichten können.

2. Der Kampf gegen den Zionismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn sich die arabisch-palästinensischen Massen mit den jüdischen Massen im antikapitalistischen Kampf verbinden. Die FPDLP arbeitet deshalb heute schon mit revolutionären Organisationen in Israel zusammen.
3. Die antiimperialistische Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch gegen die reaktionären arabischen Herrschaftsapparate gerichtet ist, Sie dürfen daher nicht nur bekämpft werden, soweit sie dem antizionistischen Kampf im Wege sind, sondern die Volksmassen müssen sich jetzt schon politisch und militärisch auf die Auseinandersetzung mit ihnen um die Errichtung der Diktatut des Proletariats vorbereiten. Dieser Kampf kann nicht nur in Palästina geführt werden. Er ist Teil des Befreiungskampfes im ganzen Nahen Osten und Teil der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in den unterentwickelten Ländern.
Die FPDLP kämpft heute Seite an Seite mit den progressiven Kräften in der Widerstandsbewegung, unter anderem mit dem linken Flügel in Al-Fateh und der syrisch-baathistischen Al-Saikeh. In der letzten Zeit mehren sich die Versuche, von Seiten der arabischen Regierungen und der rechten Widerstands organisationen, den linken und fortgeschrittensten Flügel der palästinensischen Widerstandsbewegung zu isolieren, damit die "friedliche Lösung" durchgesetzt werden kann, auf die sich die Westmächte, die Sowjet-Union und Ägypten längst geeinigt haben. Die "Friedliche Lösung" des Palästinakonflikts würde aber bedeuten, daß der zionistische Gewaltapparat und die reaktionären Arabischen Regime erhalten blieben und daß der Befreiungskampf der palästinensischen Massen, der gerade begonnen hat, verraten würde. Es ist deshalb notwendig, daß auch die Linke in Westeuropa der FPDLP als der Speerspitze des antiimperialistischen Kampfes im Nahen Osten unterstützt.

ES LEBE DER SIEG DER PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG UND IHRER AVANTGARDE, DER FPDLP !

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND SEINEN VERBÜNDETEN, DEM ZIONISMUS UND DER ARABISCHEN REAKTION !